

Andreas Koch
Drosselstr. 5
45665 Recklinghausen
KoAndrs@aol.com

An alle Fraktionen
des Deutschen Bundestages
Fraktionsvorsitzende

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Recklinghausen, 23.01.2009

Vorschlag zur Neuausrichtung des Solidarpaktes

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II wurde in der Öffentlichkeit leider auch über die Abschaffung des Solidarpaktes diskutiert. Eine Abschaffung halte ich jedoch für verfrüht und unangemessen. Die Solidarität muss neu ausgerichtet werden, das steht außer Frage. Ein neuer Solidarpakt und das Konjunkturprogramm sollten nach meiner Auffassung nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen zur Anzahl der Bürgerinnen und Bürger und in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote festgelegt werden, denn auch im Westen unserer Republik gibt es Regionen, die unter einer hohen Arbeitslosigkeit und geringen Steuereinnahmen leiden.

Mir missfällt in der gegenwärtigen Diskussion jedoch, dass der Bevölkerung im Westen unserer Republik immer wieder vermittelt wird, dass es in Ostdeutschland nur blühende Landschaften gibt. Ich kenne die Unterschiede genau, da ich dienstlich in allen Himmelsrichtungen unterwegs war und regelmäßig in meiner Heimatstadt Gotha bin. Mir blutet förmlich das Herz, wenn ich in meiner Heimatstadt teilweise immer noch über die selben löchrigen Straße wie früher fahre oder die zerfallenen Häuser und Reste ehemaliger Betriebe sehe. Die meisten der Betriebe, die zu DDR-Zeiten u. a. auch für den Westen produzierten, sind jedoch inzwischen abgebrochen.

Von der teilweise großflächigen Deindustrialisierung der ehemaligen DDR profitieren noch heute andere Regionen, auch durch höhere Steuereinnahmen aus dem produzierende Gewerbe, dass im Osten unserer Republik seit der Währungsunion seine Produkte absetzt. Dafür sind überall Konsumtempel entstanden, die den Eindruck blühender Landschaften vermitteln.

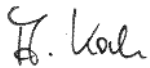
Die Folgen einer zu schnellen Wiedervereinigung werden wir noch viele Jahre gemeinsam tragen müssen. Die Arbeitslosenstatistik ist ein Spiegelbild der realen Verhältnisse. Zuletzt lag sie im Osten mit 12,2 % fast doppelt so hoch wie im Westen (6,2 %). Und wenn nicht so viele junge Menschen ihre Heimat mit ihren Familien verlassen hätten, wäre die Arbeitslosenquote im Osten heute noch wesentlich höher.

Die hohe Arbeitslosigkeit im Osten und einiger Regionen im Westen hat nicht nur Auswirkungen auf die Sozialkassen, sondern auch auf die Steuereinnahmen. Nach meiner Auffassung darf deshalb auch der Solidarpakt nicht einfach abgeschafft werden, er müsste jedoch nach Bedürftigkeit ausgerichtet werden. Es darf auch keine Bevorzugung oder Benachteiligung einer Himmelsrichtung beim Konjunkturprogramm geben, wie es die Bundeskanzlerin kürzlich vorgeschlagen hat. Das Handwerk im Osten geht schon jetzt durch einen starken Rückgang der Auftragslage an Krücken. Das kenne ich aus der eigenen Familie.

Was halten Sie von meinem Vorschlag, den Solidarpakt und das Konjunkturprogramm II nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen zur Anzahl der Bürgerinnen und Bürger und in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote festzulegen?

In welche Richtung wird in der Frage der Abschaffung oder Neuausrichtung des Solidarpaktes in Ihrer Fraktion diskutiert?

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Koch

Dieter Liehmann

Persönlicher Referent

Dr. Gregor Gysi

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Berlin

Dr. Gregor Gysi, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 72 700

Fax: (030) 227 - 76 700

Email: gregor.gysi@bundestag.de

Email: gregor.gysi.ma01@bundestag.de

Wahlkreis

Dr. Gregor Gysi
Brückenstraße 28
12439 Berlin

Tel: (030) 6322 4357

Fax: (030) 6322 4358

Email: gregor.gysi@wk.bundestag.de

Dr. Gregor Gysi, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Andreas Koch

Drosselstraße 5

45665 Recklinghausen

Berlin, 26. Januar 2009

Sehr geehrter Herr Koch,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 23. Januar 2009, das ich im Auftrag von Herrn Dr. Gysi beantworten möchte.

Ich stimme Ihnen hinsichtlich des Konjunkturprogramms II zu, dass es viel zu knapp hinsichtlich der Investitionen und hinsichtlich einer Stärkung der Nachfrage bemessen ist und daher, angesichts der Tiefe der Krise, weitgehend wirkungslos bleiben wird. Daher hat die Linke ein Konjunkturprogramm in doppelter Größenordnung von 50 Mrd. Euro pro Jahr vorgeschlagen.

Ich stimme Ihnen auch bezüglich einer höheren Steuergerechtigkeit zu, allerdings nicht in der konkreten Ausgestaltung in Abhängigkeit der regionalen Arbeitslosigkeit und anderer Faktoren der regional sehr unterschiedlichen Entwicklungen in unserem Land. Wir legen einen Schwerpunkt darauf, kleinere und mittlere Einkommen sowie den Mittelstand durch das Abschmelzen des Steuerbauches, durch die Beseitigung der „kalten Progression“ und durch die sinnvolle Anhebung des Steuergrundbetrages zu entlasten. Einige unserer Vorschläge wurden auch von der Bundesregierung aufgegriffen.

Im Unterschied zu den Steuerentlastungsforderungen aus Union und FDP sind wir allerdings der Auffassung, dass das Steueraufkommen insgesamt nicht sinken darf, sondern angehoben werden muss, mindestens auf das EU-Durchschnittsniveau. Und das geht nur, wenn die Einkommenssteuern für hohe Einkommen angehoben, der Spitzensteuersatz wieder erhöht und Vermögen und Erbschaften höher besteuert werden, um aus den Einnahmen gerade auch jene Regionen zu stärken, die es am dringendsten nötig haben.

Bezüglich des Solidarpaktes II ist unsere Fraktion der Auffassung, dass dieser nicht vorzeitig abgeschafft werden sollte angesichts eines nach wie vor bestehenden immensen Investitionsbedarfs vor allem in Ostdeutschland.

Mit freundlichen Grüßen



Dieter Liehmann



Dr. Guido Westerwelle, MdB

Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Bundesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei

Herrn
Andreas Koch
Drosselstraße 5

45665 Recklinghausen

Berlin, 27. Januar 2009

kf

Sehr geehrter Herr Koch,

haben Sie vielen Dank für Ihren Brief vom 23. Januar 2009 und für die Hinweise, die Sie darin geben.

Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 6. Januar 2009 in Stuttgart einstimmig den Beschluss „Wege aus der Rezession“ gefasst. Darin legen wir Liberale dar, wie wir den konjunkturellen Abschwung aufhalten wollen. Für die FDP geht es dabei vor allem um strukturelle Maßnahmen, die schnell wirksam werden und eine dauerhafte Entlastungswirkung entfalten. Neben dem Ausbau der Investitionen in Bildung wollen wir vor allem den Investitionsstau bei der Infrastruktur auflösen. Dazu gilt es, langwierige Genehmigungsverfahren zu vereinfachen. Außerdem wollen wir jetzt in Steuersenkungen investieren, als in einigen Monaten mit Milliarden Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Den genauen Beschluss füge ich Ihnen gern als Anlage bei. Ich hoffe, erfindet Ihr Interesse.

Nochmals vielen Dank für Ihre Zuschrift und Ihre Anregungen. Ihnen persönlich alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Deutscher Bundestag – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Tel.: 030/227-71636 – Fax: 030/227-76562
Guido.Westerwelle@Bundestag.de
<http://www.guido-westerwelle.de>



freie demokratische korrespondenz

Pressedienst der
Freien Demokratischen Partei
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin

Tel: (030) 28 49 58-41/-43
Fax: (0 30) 28 49 58 - 42 e-
mail: presse@fdp.de Internet:
www.fdp.de

Verantwortlich:
Robert von Rimscha
Sprecher der FDP Tel:
(030) 28 49 58 40

Ausgabe 09
08.01.2009

Beschluss des FDP-Präsidiums: Wege aus der Rezession

FDP-Sprecher ROBERT VON RIMSCHA teilt mit:

Berlin. Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 6. Januar 2009 in Stuttgart einstimmig beschlossen:

Wege aus der Rezession

Die Krise an den internationalen Finanzmärkten ist in der Wirtschaft angekommen. Die Auftragseingänge sind rückläufig, Kurzarbeit nimmt zu, Wachstumsprognosen werden nach unten korrigiert. Die Kaufkraft ist schwach, weil die Koalition insbesondere durch die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland den Bürgern Geld für Konsum und Investitionen entzogen hat und weiter entzieht. Die gesamtstaatlichen Steuermehreinnahmen - also Mehrbelastungen der Bürger - in der Zeit der Koalition von 2006 bis 2008 betragen 352 Mrd. Euro. Für den durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt bedeutet dies in den drei Jahren einen Kaufkraftentzug von rund 4.800 Euro.

Um den konjunkturellen Abschwung aufzuhalten, fordert die FDP strukturelle Maßnahmen, die schnell in Kraft treten und dauerhafte Entlastungswirkung haben. Zentrales Ziel ist die Sicherung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Erst wenn Bürger und Unternehmen davon überzeugt sind, dass sie nicht nur befristet entlastet werden, sondern mit dauerhaft steigendem verfügbarem Einkommen rechnen können, kehrt ihr Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung und damit ihre Bereitschaft zu Konsum und Investitionen zurück.

Bürger und Unternehmen müssen umgehend steuerlich entlastet werden. Als Sofortmaßnahmen können Teile des FDP-Steuerkonzepts vorgezogen werden, ohne das Gesamtkonzept zu konterkarieren. Um die Binnenkonjunktur zu stärken, sollte der Staat geplante Investitionen vorziehen. Er muss dafür sorgen, dass Investitionshemmnisse wo immer möglich beseitigt und private Investitionen erleichtert werden. Das ist wichtig, um bei gesteigertem Investitionsvolumen die

Staatsquote möglichst niedrig zu halten, damit sich ein konjunktureller Aufschwung durch die Kraft des Privatsektors und die Freisetzung der Marktkräfte entfalten kann.

I.

Anders als die Koalition gibt die FDP das Ziel der **Haushaltskonsolidierung** nicht auf. Wir fordern eine wirksame **Schuldenbremse** im Grundgesetz und einen verbindlichen **Schuldentilgungsplan**, um die Belastung kommender Generationen nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Viele der jetzt notwendigen Maßnahmen erhöhen zunächst den Finanzbedarf des Staates und damit die Neuverschuldung. Bei Wiederanspringen der Konjunktur hat ein ausgeglichener Haushalt oberste Priorität. Jetzt rächt sich, dass die Koalition in den letzten Jahren mit guter Konjunktur die Verschuldung nicht abgebaut, sondern weiter erhöht hat.

II.

Steuerliche Maßnahmen

Maßnahmen zur Entlastung der Privathaushalte

1. Abflachung des Steuertarifs, um die Wirkungen der kalten Progression der letzten Jahre und den Mittelstandsbauch abzumildern;
2. Anhebung des steuerlichen Existenzminimums auf 8.000 Euro;
3. Absenkung des Umsatzsteuersatzes auf Energie von 19 % auf 7 % bzw. Absenkung der Ökosteuerbelastung zur Entlastung auch der privaten Haushalte, die nicht von Steuersenkungen bei der Einkommensteuer profitieren; das entlastet auch die energieintensiven Unternehmen.

Ein durchschnittlicher 4-Personen-Haushalt mit einem jährlichen Einkommen in Höhe von 36.000.- Euro wird um rund 700 Euro pro Jahr entlastet.

Entlastungsvolumen insgesamt: 18 Mrd. Euro

Maßnahmen zur Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen

4. Dauerhafte Wiedereinführung der degressiven Abschreibung;
5. Rücknahme der schlimmsten Auswirkungen der Unternehmensteuerreform wegen der den Abschwung beschleunigenden prozyklischen Wirkung und zur Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft (Korrektur der Zinsschranke, der Neuregelung der Verlustverrechnung auch beim Mantelkauf, der Besteuerung von Funktionsverlagerungen, der Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer);
6. Verbesserte steuerliche Berücksichtigung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung;
7. Wiedereinführung der Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter;
8. Umstellung der Umsatzsteuer auf die Istbesteuerung zur Verbesserung der Liquidität gerade kleinerer Unternehmen und Handwerksbetriebe;

Entlastungsvolumen: 16 Mrd. Euro

III.

Standortbedingungen verbessern

Der Staat ist in der Lage, private Investitionen in Milliardenhöhe ohne zusätzliche Neuverschuldung kurzfristig zu ermöglichen. Dazu muss er seine selbst geschaffenen Investitionsbremsen gezielt lösen und zusätzlich zur Kostentlastung den Abbau teurer Bürokratie ehrgeiziger als bisher vorantreiben.

1. Die Bankenkrise ist nach wie vor nicht bewältigt, das Vertrauen der Banken untereinander fehlt immer noch. Die Bundesregierung wird aufgefordert, weitere Maßnahmen einzuleiten, die den Geldkreislauf wieder beleben mit dem Ziel, die Kreditversorgung der Wirtschaft zu sichern.
2. Bei den deutschen Flughäfen stehen 20 Mrd. Euro für Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen bereit. Um diese Summe zügig auftragswirksam werden zu lassen, wird das Flughafenkonzept unverzüglich verabschiedet und mit einer deutlichen Straffung der Planfeststellungsverfahren verbunden.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf europäischer Ebene die nationalen Interessen für einen modernen und umweltfreundlichen konventionellen Kraftwerkspark energisch und erfolgreich zu vertreten. Die in Brüssel betriebene Klima- und Energiepolitik muss zum Ziel haben, dass die deutsche Energiewirtschaft die Investitionen in Höhe von 40 Mrd. Euro in einen modernen und klimafreundlichen Kraftwerkspark in Deutschland investiert und nicht im Ausland. Konjunkturfeindliche politische Hinhaltenmanöver auf Landesebene wie beim Kraftwerk Hamburg-Moorburg (Investitionsvolumen rund 2 Mrd. Euro) müssen unterbunden werden.
4. Der bürokratische und ineffiziente Gesundheitsfonds wird zugunsten kassenindividueller Lösungen aufgegeben. Der Weg in die Einheitsversicherung unter Ausschaltung des Wettbewerbs zwischen den Kassen wirkt Kosten treibend und ist falsch. Der von der Koalition diskutierte weitere Zuschuss an den Gesundheitsfonds aus Haushaltsmitteln zur Absenkung der Beiträge ist abzulehnen.
5. Die von den Energieversorgern ebenfalls beabsichtigte Modernisierung und Ertüchtigung der Stromnetze mit einem Investitionsvolumen von bis zu 40 Mrd. Euro wird gezielt durch verkürzte Planfeststellungsverfahren im Energiewirtschaftsgesetz ermöglicht.
6. Um Infrastrukturinvestitionen zur Standortverbesserung aus dem laufenden Bedarfsplan (Neubauvolumen 57 Mrd. Euro), insbesondere für vernetzende Projekte der Verkehrsträger Schiene, Straße, Wasserstrassen und Häfen (z.B. Hafenanbindung) vorziehen zu können, reichen die Vorschriften des 2006 verabschiedeten Planungsbeschleunigungsgesetzes nicht aus. Die Verfahren müssen weiter deutlich gestrafft werden. Auch für Investitionen der Privatwirtschaft und für kommunale Investitionsprogramme müssen die Planungsverfahren drastisch verkürzt werden.
7. Für alle öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Bildung werden private Unternehmen verstärkt bei Planung, Durchführung und Betrieb der Projekte

einbezogen. Die PPP-Projekte im Bereich der Verkehrsinfrastruktur werden nach dem Vorbild des dreispurigen Ausbaus der Autobahn A1 zwischen Bremen und Hamburg zügig umgesetzt.

8. Länder und Kommunen sind aufgefordert, im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit unbürokratisch und zielgerichtet notwendige Investitionen in die Bildung vorzuziehen und entsprechende Prioritäten festzusetzen. Der Handlungsbedarf umfasst die frühkindliche Bildung und die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen, den Ausbau des Angebots an Ganztagschulen und den Ausbau und die Sanierung von Schulen und Hochschulen.
9. Zu einer leistungsfähigen und den Standort stärkenden Infrastruktur gehört der ungehinderte Zugang zur Breitbandkommunikation. Viele Regionen in ländlichen Gebieten sind von dieser Entwicklung immer noch abgeschnitten. Der Staat muss wie in anderen Infrastrukturbereichen auch die für den flächendeckenden Breitbandausbau erforderlichen Daten erheben und für Investoren bereitstellen.
10. Die Ziele der Bundesregierung zum Bürokratieabbau müssen auf Bundesebene und auf der europäischen Ebene ehrgeiziger gefasst und korrigiert werden. Ein Drittel der Vorschriften und der Berichts- und Meldepflichten sind überflüssig und zu streichen. Das Entlastungspotenzial beträgt auf Bundesebene 9 Mrd. Euro und für den Abbau von EU-Bürokratie weitere 7 Mrd. Euro.
11. Um auch in unsicheren Zeiten Neueinstellungen zu erleichtern und zugleich positive konjunkturelle Entwicklungen rascher am Arbeitsmarkt ankommen zu lassen ist es notwendig, das Arbeitsrecht zu flexibilisieren und beschäftigungs- und mittelstandsfreundlicher auszugestalten.
12. Die Grenzen, ab der öffentliche Aufträge europaweit ausgeschrieben werden müssen, werden verfünffacht und die Ausschreibungsfristen weiter verkürzt. Damit sollen Investitionen erleichtert werden und vor allem kleinere mittelständische heimische Unternehmen bessere Chancen erhalten, Aufträge zu gewinnen.
13. Die Zahlungsziele der öffentlichen Hand als größter Auftraggeber für die private Wirtschaft werden radikal verkürzt. Dadurch fließt ein zweistelliger Milliardenbetrag früher in die Wirtschaft. Das verbessert die ohnehin angespannte Liquiditätssituation der mittelständischen Unternehmen.

Durch die Maßnahmen zur Verbesserung der Standortbedingungen werden Investitionen mit einem Volumen von deutlich über 200 Mrd. Euro freigegeben, ohne die öffentlichen Haushalte wesentlich zu belasten. Hinzu kommen Entlastungen der Unternehmen um mehr als 26 Mrd. Euro in Verbindung mit strukturellen Maßnahmen.



OTTO BERNHARDT MdB

Finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag - Platz der Republik 1-11011 Berlin

Herrn
Andreas Koch
Drosselstr. 5 45665
Recklinghausen

Berlin, 9. Februar 2009

Sehr geehrter Herr Koch,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 23. Januar 2009. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herr Volker Kauder MdB, hat mich gebeten. Ihnen zu antworten.

Ihre Darlegungen habe ich mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen.

Zunächst einmal darf ich vorwegschicken, dass die Union fest zum zugesagten und für ganz Deutschland wichtigen Aufbau Ost steht. Wir haben hier schon sehr viel erreicht, viel Arbeit liegt - da stimme ich Ihnen zu - aber auch noch vor uns.

Gleichwohl bin ich jedoch der Auffassung, dass der Solidaritätszuschlag perspektivisch gesehen keine Dauereinrichtung sein darf. Der Solidaritätszuschlag war angelegt als zeitlich befristeter Beitrag zur finanziellen Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbaus der neuen Länder. Er sollte über die Jahre hinweg abgebaut und schließlich gänzlich abgeschafft werden. Ein erster Schritt erfolgte zum 1.1.1998 durch die Absenkung von 7,5 % auf 5,5 %. Weitere Schritte waren geplant.

Dabei ist aber völlig klar, dass eine Rückführung des Solidaritätszuschlages weder den fest zugesagten Aufbau Ost noch die Konsolidierung des Haushalts gefährden darf. In Anbetracht der aktuellen Haushaltslage ist derzeit deshalb auch keine Rückführung des Solidaritätszuschlages beabsichtigt. Dieses Ziel sollten wir dennoch nicht aus den Augen verlieren.

CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030 / 227-73367
Telefax 030 / 227-76384
otto.bernhardt@bundestag.de

Wahlkreis Paradeplatz
10 24768 Rendsburg
Telefon 04331/14160
Telefax 04331/141620
wk@ottobernhardt.de

Was die von Ihnen vorgeschlagene neue Verteilung der Solidarpaktmittel anbelangt, darf ich Sie darauf hinweisen, dass der geltende Solidarpakt II zwischen Bund und Ländern gemeinsam vereinbart worden ist und bis 2019 gilt. Darin verpflichtet sich der Bund, den neuen Ländern für den Aufbau Ost insgesamt 156,5 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen.

Von den 156,5 Milliarden Euro des Solidarpaktes II sind 105,3 Milliarden Euro Teil des Finanzausgleichs "zum Abbau teilungsbedingter Lasten". Die übrigen 51,2 Milliarden Euro sollen über die Jahre verteilt aus dem Bundeshaushalt in die Wirtschaftsförderung fließen.

Mit dieser langfristigen Zusage haben wir den weiteren Aufbau Ost auf eine sichere Grundlage gestellt. Dieser Solidarpakt wird von allen Beteiligten getragen und schafft Rechtssicherheit für die nächsten Jahre. Vor diesem Hintergrund ist daher eine Neuausrichtung - wie z.B. von Ihnen vorgeschlagen - nicht beabsichtigt.

Hinsichtlich der konkreten Verwendung der Investitionsmittel aus dem Konjunkturpaket II im Rahmen des Programmes Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder bitte ich schließlich zu bedenken, dass hier eine einvernehmliche Bund-Ländervereinbarung die genaue Verteilung der Investitionsmittel auf die Länder regelt und die konkrete Vergabe vor Ort maßgeblich durch die Länder in Eigenverantwortung vollzogen wird. Damit werden also auch hier die länderspezifischen Besonderheiten angemessen berücksichtigt.

Gleichwohl werde ich gerne Ihre Hinweise und Anregungen in meine weiteren Überlegungen einbeziehen.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung unserer parlamentarischen Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen

